

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/70

Bonn, den 13. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>"Besondere Art von Entwicklungshilfe"</u> Endlich die Konsequenzen ziehen ! Von Hans-Jürgen Wischnewski, MdB	51
2	<u>Mit den Stimmen der CDU</u> Aufwertung der NPD durch Studienräte und Angehörige der Bundeswehr	48
3	<u>Anschlag auf den Föderalismus</u> Der Bund und die Länder	48
4	<u>Spanien will mehr Fremdenverkehr</u> Preise sollen stabil bleiben - Sonderversicherung für Touristen	47
5 - 6	<u>Frankreichs Demokraten noch nicht einig</u> Mitterrand stellte ein Ultimatum Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	58

+ + +

"Besondere Art von Entwicklungshilfe"

Endlich die Konsequenzen ziehen!

Von Hans-Jürgen Wischnewski, MdB

Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel wirbt wieder einmal für deutsche militärische Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe an afrikanische Staaten ("Afrika heute" Nr. 7 vom 1. April 1966). Seine Ausführungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben, denn offensichtlich ist Herr von Hassel nicht bereit, aus den bisher gemachten, zum Teil sehr bitteren Erfahrungen, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Der Verteidigungsminister bezeichnet unsere militärische Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe als eine "besondere Art von Entwicklungshilfe". Tatsächlich aber haben Militärhilfe und Entwicklungshilfe nichts miteinander zu tun, und in unserem eigenen Interesse sollten die beiden Probleme sehr deutlich voneinander getrennt werden. In einigen afrikanischen Ländern ist im übrigen das Militärbudget derartig hoch, daß die allgemeine Entwicklung des Landes dadurch nur gefährdet werden kann.

Herr von Hassel behauptet, daß es in Afrika keine Verteidigungsprobleme gäbe, sondern daß es in erster Linie um die Frage der inneren Ordnung dieser Länder ginge. Diese Behauptung ist falsch. Natürlich gibt es Verteidigungsprobleme, denn es gibt eine Vielzahl von Grenzproblemen die sehr schnell zu Grenzkonflikten werden können.

Herr von Hassel erklärt weiter, daß Länder, zwischen denen akute Spannungen bestehen, grundsätzlich keine Waffen erhalten. Leider muß festgestellt werden, daß die Bundesregierung auch in solche besonderen Spannungsgebiete Waffen geliefert hat.

Es gibt auch Beweise dafür, daß die freundschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Ländern, die militärische Leistungen von uns erhalten haben, keineswegs vertieft und erweitert werden, wie Herr von Hassel behauptet. Im Gegenteil! In Tansania gibt es einen wahren Friedhof deutscher militärischer Ausrüstungshilfe: Küstenschutzboote, Schulflugzeuge und einen ganzen Werkstattzug mit Flugmaterial, verlassen und ohne jede Wartung. Nach der Einrichtung des Generalkonsulats der Zone für Tansania wurden die deutschen Ausbilder abgezogen. Zurückgeblieben ist für mehrere Millionen DM deutsches Material und ein permanenter politischer Ärger.

Der Einsatz deutscher Pioniere und deutschen Geräts für den Straßenbau in Guinea ist von mir immer positiv bewertet worden. Aber auch hier ergeben sich jetzt politische Schwierigkeiten für die Bundesrepublik, nachdem das Verhältnis zwischen Guinea auf der einen Seite und der Elfenbeinküste und Ghana auf der anderen Seite großen Belastungen ausgesetzt ist. Sicher liegt ein Verschulden unsererseits nicht vor, aber in diesem Kontinent kann man auch ungewollt in solche Schwierigkeiten immer wieder kommen.

Es ist höchste Zeit, daß sich der Deutsche Bundestag mit diesen Fragen beschäftigt. Die bisherige parlamentarische Behandlung der Militärhilfe ist völlig unbefriedigend. Rechtlich eingegangene Verpflichtungen sollen eingehalten und abgewickelt werden. Für die Zukunft sollte Militärhilfe außerhalb des Bündnisses nur in ganz besonderen Ausnahmefällen möglich sein. Die Bundesregierung soll künftig jegliche Absicht und Verpflichtung zur Militärhilfe an andere Staaten dem Deutschen Bundestag zur politischen und haushaltarechtlichen Beschlußfassung vorlegen. Im Haushaltsentwurf 1966 sind für die militärische Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe 100 Millionen DM vorgesehen. Für die Zukunft sind hier erhebliche Einsparungen möglich.

Mit den Stimmen der CIU.

Aufwertung der NPD durch Studienräte und Angehörige der Bundeswehr

sp - In Neustadt/Holstein gelangte die rechtsradikale NPD bei der Kommunalwahl am 13. März mit zwei Abgeordneten in die Stadtvertretung; darunter der stellvertretende Landesvorsitzende Studienrat Dr. Uwe Reingans. CDU und NPD wählten Dr. Reingans zum stellvertretenden Bürgervorsteher. Was ein Sprecher der CDU-Rathausfraktion zur Begründung sagte, klingt wie Hohn auf den demokratischen Staat: "Wir wollen die NPD in die Verantwortung einbeziehen, um aus ihnen keine Märtyrer werden zu lassen".

Da sind die Argumente der Jungsozialisten von Schleswig-Holstein überzeugender, gewichtiger und aufrichtiger. Sie haben sich nachdrücklich dagegen gewandt, daß die NPD mit ihren zwei Sitzen in der 27-köpfigen Stadtvertretung den stellvertretenden Stadtschulpräsidenten stellt. Der Landesvorstand der Jungsozialisten sprach sich gegen jegliche Zusammenarbeit mit der NPD aus. Die Begründung lautet:

- * "Personengruppen, die erneut nationalsozialistisches Gedankengut vertreten, können nicht zu Märtyrern gemacht werden.
- * Die Jungsozialisten scheuen keine Auseinandersetzung mit den neuen Kräften. Sie appellieren jedoch an alle Parteien, die sich der Demokratie verpflichtet zeigen; mit der NPD auf keiner Ebene zusammenzuarbeiten".

Diesem Vorgang bleibt noch hinzuzufügen, daß die erste deutsche Kreisjugendgruppe der NPD in Oldenburg/Holstein, der benachbarten Stadt von Neustadt, gegründet wurde. Hier war es wiederum ein Studienrat, der tätig wurde und sie ins Leben rief. Und der NPD-Kreisjugendreferent wurde ein 21-jähriger Bundeswehrgefreiter, der nun mit seiner Gruppe in den "Ring politischer Jugend" aufgenommen werden möchte. Im Kreisjugendring von Oldenburg sitzen auch Jungsozialisten und die Gewerkschaftsjugend; sie haben dort ein gewichtiges Wort mitzureden.

In Schleswig-Holstein scheinen überhaupt Männer der Bundeswehr und Studienräte bei der Bildung der rechtsradikalen NPD guten Einfluß zu besitzen. In Oldenburg rückte der aktive Bundeswehrhauptmann vom Truppenübungsplatz Putlos, Mitsche, in die Ratsversammlung ein. In Neumünster ist es ein Oberleutnant, der mit seinen Leuten eifrig NPD-Versammlungen als Kompaniechef besucht und der sogar vom farbigen Titelbild des "Stern" avancierte. Dieser kluge Mann ist zwar eifriger NPD-Förderer, aber nicht Mitglied.

Schon hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Storm aus dem Kreis Oldenburg den Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel auf die NPD-Offiziere und Soldaten hingewiesen. Es erhebt sich tatsächlich die Frage, wie es eben mit der staatsbürgerlichen Bildung in den Reihen der Bundeswehr unter von Hassel aussieht. Die gleiche Frage ist aber auch an den Kieler Kultusminister Claus-Joachim von Heydebrock zu richten. Es fällt auf, daß es gerade Studienräte sind, die sich für die NPD interessieren. Schließlich sind die rechtsradikalen Äußerungen der Studierräte vom Nordseegymnasium Büsum noch in guter Erinnerung!

+ + +

Anschlag auf den Föderalismus

Der Bund und die Länder

kb - In seiner Regierungserklärung hatte Bundeskanzler Erhard in großartiger Weise die Notwendigkeit des Bundesstaates mit seinem Föderalismus und damit indirekt auch die Hilfe der Bundesregierung für die finanzschwachen Länder beschworen. Die Kieler Landesregierung und in modifizierter Form die von Niedersachsen nahmen ihn beim Wort. Sie brachten ein Finanzgesetz ein, das sich auf den Artikel 107 des Grundgesetzes stützt und den Bund verpflichtet, den finanzarmen Ländern Zuschüsse zur Herbeiführung der gleichmäßigen Lebensverhältnisse in den Bundesländern zu geben.

Schleswig-Holstein ging einmal von 200 Millionen DM für das nördliche Bundesland sowie Rheinland-Pfalz und das Saarland aus, wovon sich Kiel allein 120 Millionen DM erhoffte. Die Niedersachsen waren realer. Sie modifizierten die Grundlagenberechnungen. Der Bundesrat hielt einstimmig den Betrag von 250 Millionen DM für die fünf finanzschwachen Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und das Saarland als angemessen. Hessen, das unmittelbar aus den Bundesergänzungszuweisungen nichts zu erwarten hat, machte sich zum Fürsprecher der armen Länder.

Dann aber zeigte die Bundesregierung mit Bundeskanzler Erhard und Bundesfinanzminister Dahlgrün das wahre Gesicht. Es ist mehr als fraglich, ob sich die Bundesregierung dem einstimmigen Gesetzentwurf der Ländervertretung beugen wird. Es ist auch mehr als fraglich, ob sich die Bundesregierung einer Bundestagszustimmung zu dem Gesetzentwurf beugen wird, dem die Sozialdemokraten ihre Unterstützung zugesichert haben.

Den Weg, den die Bundesregierung jetzt einschlagen will, kann man als eben so fein gesponnen wie unfair bezeichnen. Man will sich auf eine gesetzliche Verpflichtung, Bundesergänzungszuweisungen zu zahlen, nicht einlassen. Man will vielmehr darauf hinwirken, daß schon jetzt bestehende Posten, die für bestimmte Maßnahmen in den finanzschwachen Ländern gedacht sind, so ausgestattet werden, daß man möglichst weniger als den Betrag von 250 Millionen DM erreicht. Die Bundesregierung will sich den gesetzlichen Verpflichtungen nach Artikel 107 GG entziehen. Sie will die Bundesländer in ihre Abhängigkeit drängen. Sie plant praktisch einen Anschlag auf den Föderalismus.

Das alles geschieht im Hinblick auf die für den 1. Januar 1967 anstehenden Neuverteilung der Körperschafts- und Einkommenssteuern zwischen dem Bund und den Ländern. Statt den armen Bundesländern fair zu helfen, baut die Bundesregierung ihre taktische Verhandlungsposition für diese Verhandlungen um den Steueranteil aus. Man muß Bonn daran erinnern, daß es die Länder waren, die seinerzeit eine Milliarde DM zusammenkratzen, bevor dann Bonn den höheren Anteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer bekam.

Den Ländern aber sollte der Rücken gestärkt werden. Bei den Bundesergänzungszuweisungen auf der Grundlage des Artikels 107 GG gibt es nichts zu handeln. Die Länder haben einen Rechtsanspruch an den Bund. Im Föderalismus gibt es keine Bittstellerei.

Spanien will mehr Fremdenverkehr

Preise sollen stabil bleiben - Sonderversicherung für Touristen

HD - Um den verschärften Wettbewerb im internationalen Fremdenverkehrsgewerbe bestehen zu können, will Spanien dieses Jahr die Preise stabil halten und den ausländischen Touristen eine Reihe von Erleichterungen bieten. Ab sofort können Bundesbürger nach Spanien mit dem Personalausweis und ohne die bisher erforderliche "grüne Touristenkarte" einreisen.

Das rauhe Klima im internationalen Fremdenverkehrsgewerbe ging auch an Spanien nicht spurlos vorüber. Preiserhöhungen für die Artikel des täglichen Bedarfs stehen auf der anderen Seite einem steigenden Angebot und einer immer breiteren Palette von Konkurrenzländern gegenüber, die mit attraktiven Preisen um jeden Touristen werben. Während die Inklusivpreise in Spanien im allgemeinen stabil bleiben und auch Sonderzuschläge für bestimmte örtliche Festlichkeiten nicht mehr erhoben werden, steigen die Pensionspreise in Madrid um weniger als fünf Prozent. Von den 6 212 für den Fremdenverkehr bestimmten Hotels und Pensionen wurden 118 Betriebe in Madrid und Barcelona in höhere Preisklassen eingestuft, weil sie mehr Komfort zu bieten haben. Von der Luxusklasse bis zu Pensionen zweiter Klasse stehen 187 881 Fremdenzimmer mit 325 773 Betten zur Verfügung. Dazu kommen noch die zahlreichen nicht erfaßten Beherbergungsbetriebe wie Pensionen dritter Klasse und "Übernachtungshäuser" (Posadas), deren Preise noch unter denen des amtlichen Hotelführers für 1966 liegen.

Wie groß die Anstrengungen Spaniens auf dem Gebiet der Fremdenverkehrs-Förderung sind, läßt sich daran ablesen, daß der Hotelführer, vor zehn Jahren noch ein dünnes Heftchen, bereits 1965 auf 988 Seiten angewachsen war und dieses Jahr schon zu einem Wälzer von 1 068 Seiten geworden ist.

Spanien muß sich anstrengen, denn im letzten Jahr erfüllten sich nicht alle hochgespannten optimistischen Erwartungen. Man hatte mit 5 Millionen ausländischer Besuchern gerechnet, doch die tatsächliche Touristenzahl von 14,2 Millionen Ausländern lag nur knapp ein Prozent über dem Stand von 1964. Seit 1966 schieben sich die deutschen Urlauber unaufhaltsam auf den zweiten Platz in der spanischen Fremdenverkehrs-Statistik. Mit mehr als einer Million pro Jahr in den letzten zwei Jahren verweisen sie die Engländer auf den dritten Platz und liegen hinter den Franzosen, die mit sechs Millionen noch immer die Spitze halten.

Neben Sonne und stabilen Preisen bietet Spanien dieses Jahr auch noch besondere Touristen-Versicherungen, die bei den spanischen Reisebüros abgeschlossen werden können. Der Versicherte ist nicht nur gegen Diebstahl, Verluste aller Art und Verkehrsunfall mit allen unangenehmen Folgen versichert - auch eine Krankenversicherung bei freier Arztwahl ist damit verbunden. Die Prämien sind denkbar niedrig und bewegen sich von sieben Mark pro Woche bis zu 16,60 DM für einen Monat. Dies sind Leistungen, die bisher noch kein anderes Fremdenverkehrsland bietet. Sie werden zweifellos in der Erfolgsbilanz 1966 zu Buche schlagen.

Frankreichs Demokraten noch nicht einig

Mitterrand stellte ein Ultimatum

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Das Ringen zwischen de Gaulle und Mitterrand geht unentwegt weiter. Der Kandidat der Linksparteien hofft, im "dritten Wahlgang", nämlich in den nächsten französischen Parlamentswahlen (spätestens Anfang 1967, vielleicht aber schon in diesem Jahr) nicht nur einen Achtungserfolg zu erzielen, sondern die gaullistische UNR zu schlagen - wenn seine ultimativen Forderungen erfüllt werden.

Schattenkabinett gegen de Gaulle

Mitterrand verlangt von den demokratischen Linksparteien noch in diesem Frühjahr

- * 1. die Bildung eines "contre-gouvernement" (Gegenregierung oder Schattenkabinett),
- * 2. echten Zusammenschluß der verschiedenen demokratischen Organisationen zu einer schlagkräftigen Föderation,
- * 3. die Aufstellung eines einzigen gemeinsamen Kandidaten in allen Wahlkreisen.

Falls diese drei Forderungen nicht erfüllt werden, will Mitterrand sein Amt als Vorsitzender der demokratisch-sozialistischen Föderation niederlegen und auf seine weitere Kampagne verzichten. Das wäre eine schwere politische und moralische Niederlage für die gesamte Linke und eine Genugtuung für das gaullistische Regime. Denn Mitterrand wurde seit seiner triumphalen Kampagne (45 Prozent gegen General de Gaulle, den er zu einer unerwarteten Stichwahl zwang) zum Symbol und Bannerträger der gesamten französischen Opposition. Es gibt für ihn auf weite Sicht keinen Ersatz.

Warum stellt Mitterrand nun Forderungen, die den Widerstand der alten Parteien herausfordern und möglicherweise abgelehnt werden?

Französische Labourparty ?

Er will so schnell wie möglich das Instrument des Sieges schmieden: eine einheitliche demokratische Linkspartei - nach dem Muster

der britischen Labourparty oder der deutschen Sozialdemokratie, Überwindung der Rivalitäten zwischen den zahlreichen Parteien und Gruppen, die sich bereits zur "Fédération de la Gauche Démocratique-Socialiste" zusammengeschlossen haben: SFIO, Radikale, Klubs, Widerstandsdemokraten usw.

Die FGDS ist aber bis jetzt nur eine Dachorganisation, in der die einzelnen Gruppen immer noch eifersüchtig auf ihre "Souveränität" pochen. Mitterrand ist nun der Meinung, daß die Umwandlung in eine wirkliche politische Linkspartei noch in diesem Frühling spätestens bis zum Frühsommer erfolgen muß, wenn der große Wahlkampf gegen den Gaullismus gewonnen werden soll.

Mitterrand scheint aber mit dieser Forderung immer mehr allein zu stehen. Die SFIO ist geteilter Meinung. Defferre und die südfranzösischen Parteibezirke unterstützen Mitterrands Forderungen, hat doch der Bürgermeister von Marseille schon vor zwei Jahren versucht, ähnliche Wege zu gehen. Generalsekretär Mollet und mit ihm die nordfranzösischen Parteibezirke hingegen sind skeptisch. Sie glauben nicht, daß man festgewurzelte Traditionen im Handumdrehen überwinden kann. Eine Konferenz der SFIO wird Mitte April darüber beraten. Sie entscheidet jedoch nicht allein. Auch die Radikale Partei und die anderen linksdemokratischen Gruppen haben Einwände.

Individualismus

Ähnliche Differenzen und Konflikte gibt es auch in den anderen politischen Gruppen Frankreichs. So ist es Lecanuet bis jetzt nicht gelungen, für sein "Centre Démocratique" mehr als die Christdemokraten (MRP) zu gewinnen. Giscard d'Estaing bemüht sich vergeblich um eine Sammlung der Konservativen und Tixier-Vignancour vermochte nicht einmal die kleinen Gruppen der Rechteradikalen zusammenzufassen. Ähnliche Sorgen hat schließlich auch der Gaullismus, der von inneren Kämpfen zwischen einem "linken" und "rechten" Flügel zerrissen ist. Da wie dort schlägt der in Frankreich stark ausgeprägte Individualismus durch.